

DEHOGA Landesverband Schleswig-Holstein e.V., 24113 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Postfach 7121
24171 Kiel**

Deutscher Hotel- und
Gaststättenverband
Schleswig-Holstein e.V.
Hamburger Chaussee 349
24113 KIEL

Fon 0431-65 18 66-67
Fax 0431-65 18 68
info@dehoga-sh.de
www.dehoga-sh.de

Ihr Zeichen
Unser Zeichen scho/br
Datum 12. Januar 2012

**Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/1934
Ihr Zeichen L21**

Sehr geehrter Herr Neil,

zur Möglichkeit der Stellungnahme zum obigen Gesetzentwurf bedanken wir uns sehr herzlich. Gerne nehmen wir als DEHOGA Schleswig-Holstein e.V. die Gelegenheit wahr, eine Stellungnahme abzugeben. Zur mündlichen Anhörung hatten wir uns bereits telefonisch verständigt.

Die Intension des Gesetzgebers für ein neues Spielhallengesetz ist unter anderem der Jugendschutz sowie die Suchtprävention.

Der DEHOGA Schleswig-Holstein e.V. unterstützt grundsätzlich dererlei Gesetzesvorhaben, so lange sie im sachlichen und nachvollziehbaren Rahmen sind bzw. bleiben. Ob allerdings gesetzliche Vorgaben der einzige Weg sind, mag sicherlich unterschiedlich diskutiert werden.

Bezugnehmend auf § 1, Absatz 2, definieren Sie Schank- und Speisewirtschaften als unter das Gesetz fallend, wenn sie einen spielhallenähnlichen Betrieb unterhalten. Sinn und Zweck einer Schank- und/oder Speisewirtschaft, sowohl nach der Konzession als auch nach dem Gesetz, ist die Bewirtung von Gästen zum Verzehr von Speisen und/oder Getränken an Ort und Stelle. Hierzu ist Voraussetzung, dass die Gäste um einen geordneten Ablauf zu ermöglichen, an entsprechenden Tischen platziert werden. An dieser Stelle ist jedoch höchst fraglich, wie eine Schank- oder Speisewirtschaft gleichzeitig einen spielhallenähnlichen Betrieb aufrecht bzw. unterhalten sollen. Nach unserer Ansicht geht nur das Eine oder das Andere.

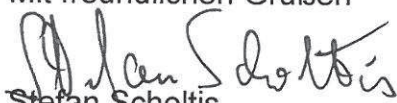
Demnach bitten wir entsprechende Schank- oder Speisewirtschaften grundsätzlich nicht unter den § 2 fallen zu lassen, da sie einen spielhallenähnlichen Betrieb nicht gleichzeitig unterhalten können. Ansonsten müsste aus unserer Sicht deutlicher definiert werden, wann ein spielhallenähnlicher Betrieb ein solcher ist. Im Wege einer Auslegung würden sich aus unserer Sicht ansonsten in der Praxis unnötige Probleme, sowohl für den Betreiber einer Schank- oder Speisewirtschaft als auch für kontrollierende Personen ergeben.

Gemäß § 3, Absatz 1 soll es bzgl. Mehrfachkonzessionen ein Verbot geben. Um jedoch der gesetzgeberischen Intension unter anderem gegen eine Ausuferung von Spielhallen zu folgen, schlagen wir vor, zumindest in entsprechenden Gebieten zwei Konzessionen nebeneinander mit einer entsprechenden Aufsicht zu gestatten. Eine Bündelung dort wo die Nachfrage besteht ist sicherlich sinnvoller, als eine räumliche Auseinanderziehung von Spielhallen über die entsprechende Meterzahl.

Ausdrücklich begrüßen wir, dass beispielsweise Kegel- oder Bowlingbahnen oder Billard-Cafes nicht unter den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen.

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Scholtis
Hauptgeschäftsführer